

30. August 2013

Syrien vor dem Krieg...oder doch nicht?

Seit dem vermeintlichen Giftgasangriff am 21. August in Ghouta, einem Vorort von Damaskus, überschlugen sich die Meldungen zu einem bevorstehenden militärischen Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft in Syrien. Allen voran US-Präsident Obama, der britische Premier Cameron und Frankreichs Präsident Hollande bezeichneten den Angriff auf Zivilisten mit chemischen Waffen als Überschreitung einer „roten Linie“, die mit einem Militärschlag gegen die syrische Regierung bestraft werden müsse. Dabei ließen die betreffenden Regierungen offen, eine Operation auch im Alleingang durchzuführen, das heißt ohne ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrats. Nach drei Tagen hitziger Debatten, haben Briten wie Franzosen ihre Ankündigung entschärft, das britische Parlament lehnte heute einen Alleingang ab. Nun hat auch Obama dem Kongress einen entsprechenden Entwurf für ein militärisches Vorgehen vorgelegt. Ein Eingreifen vor dem Abschluss der laufenden UN-Inspektion scheint jedoch unwahrscheinlich, dies wäre als Affront gegen die UN zu werten. Damit geben sich alle Beteiligten Zeit und Raum, denn der Bericht der UN-Gruppen, die den Giftgasangriff derzeit in Syrien untersucht, wird wohl erst Ende September offengelegt. Dabei sind die Ergebnisse des Berichts für die Legitimation eines Militärschlags unerheblich und werden kaum überraschende Erkenntnisse liefern. Zum einen besteht die Aufgabe der Inspektoren darin zu untersuchen, *ob* es einen Giftgasangriff gegeben hat und nicht *wer* diesen verübt hat. Ersteres ist kaum umstritten, insbesondere da es bereits seit 2012 der Verdacht auf den Einsatz chemischer Waffen in Syrien insbesondere im Raum Damaskus besteht. Fakten, die konkret beweisen, dass das Assad-Regime hinter dem Angriff steht, werden kaum zu ermitteln sein und im Sicherheitsrat auf massive Kritik Russlands und Chinas stoßen. Zum anderen besteht für amerikanische, britische und andere Regierungen bereits jetzt kein Zweifel, wer für die Tat verantwortlich ist. Eine Zustimmung Russlands oder Chinas (zwei der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats) für einen Militärschlag ist dennoch kaum vorstellbar.

Ein völliger Alleingang der USA, selbst ohne den Verbündeten Großbritannien, scheint politisch höchst riskant und weckt Erinnerungen an die Bush-Regierung und deren Vorgehen im Irakkrieg. US-Präsident Obama stellte klar, dass er kein Interesse an einem militärischen Engagement und gar dem Einsatz amerikanischen Truppen auf syrischem Boden habe. Vorstellbar wäre ein Einsatz allein aus der Luft mittels Raketen von amerikanischen Kampfschiffen, die bereits vor der syrischen Küste Stellung bezogen haben. Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes und zweier katastrophaler Missionen im Mittleren Osten, steht die amerikanische Öffentlichkeit einem Einsatz in Syrien sehr ablehnend gegenüber. Dennoch steht Obama unter dem innenpolitischen Druck seiner republikanischen Gegner, wie John McCain, die ein gezieltes, temporäres Eingreifen im Syrien-Konflikt fordern und davon die Handlungsfähigkeit des Präsidenten und Glaubwürdigkeit Amerikas abhängig machen.

Wie sind solche Drohungen und Ankündigungen zu bewerten? Weder Sanktion, Diskussionen über eine Flugverbotszone und ein militärisches Eingreifen, noch diplomatischer Druck haben Syriens Präsident Assad in den vergangenen zwei eineinhalb Jahren zum Einhalten bewegt. Die jetzige Drohung ist die vorletzte Eskalationsstufe, die den westlichen Staaten zur Verfügung steht, um das Regime zum Einlenken zu bringen. Eine solche Drohung muss, wenn sie denn gemacht wird, überzeugend sein und bedarf „konkreter“ Schritte um ihr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ein

30. August 2013

entsprechendes Vorpreschen von Regierungschefs zählt dazu, wobei meist die demokratischen und sonstigen politischen Hürden und Tretmühlen für einen solchen Einsatz außer Acht gelassen werden. Für einen unmittelbaren Vergeltungsschlag wäre es nun zwar zu spät. Die Drohung muss dennoch für eine politische Lösung des Konflikts aufrechterhalten werden.

Erfolgsaussichten und Folgen eines Militärschlag: gering bis fatal

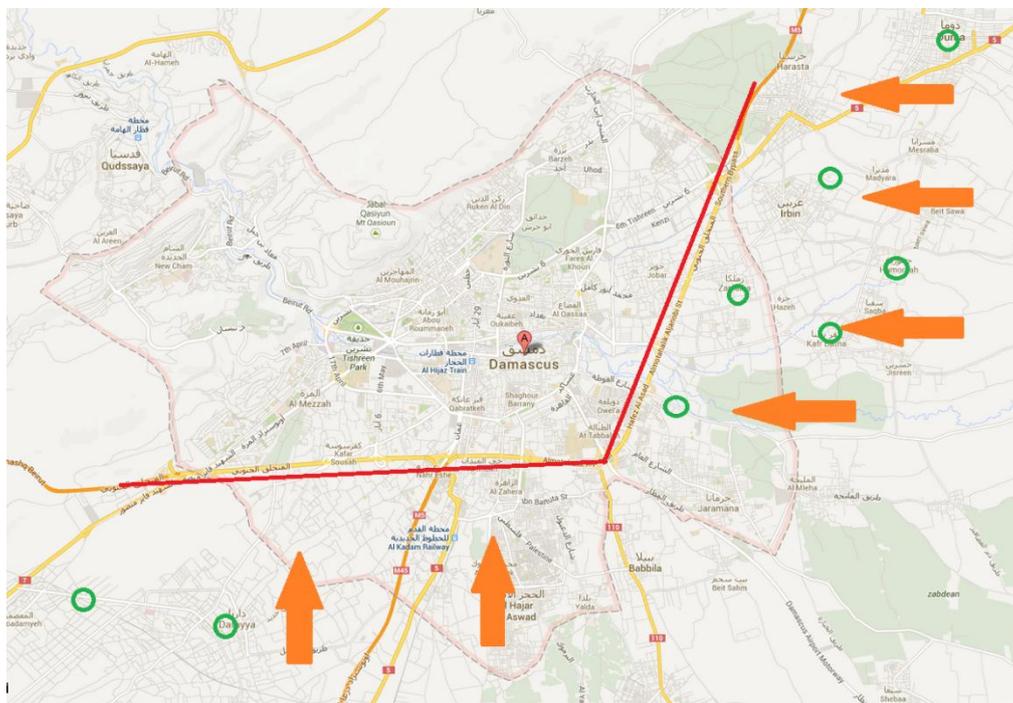
Eine gezielte Bombardierung einzelner Einrichtungen des syrischen Militärs in allen Teilen Syriens und vor allem Damaskus würde kaum nicht zum Sturz des Assad Regimes führen. Zudem birgt eine solche Operation ein hohes Risiko an zivilen Opfern, da viele der militärischen Einrichtungen in dicht besiedeltem Gebiet liegen, insbesondere in Damaskus. Eine der strategisch wichtigsten Standorte des syrischen Militärs und Geheimdienstes einschließlich Flughafen und damit potentiell Ziel für Angriffe, liegt im Damaszener Stadtteil Mezzeh, einem Wohngebiet der syrischen Mittelschicht. Der syrische Präsident Assad droht währenddessen, bei jeder „Aggression von außen“ von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch zu machen. Da eine direkte Reaktion gegen die USA unwahrscheinlich ist, wächst die Angst vor asymmetrischen Vergeltungsschlägen gegen Israel oder die Türkei. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Syrien auf eine solche Bombardierung gar nicht reagieren würde bzw. könnte. Eine weitere Kriegsfront, bei der Syrien sicherlich die schwächere Partei wäre, könnte das Regime in Damaskus auf Grund der Auslastung der eigenen militärischen Kräfte nicht führen. Zudem würde ein Einsatz gegen einen Verbündeten der USA / NATO, allen voran Israel, zu umfassenden militärischen Maßnahmen des Westens und damit zum sicheren Ende des Assad Regimes führen. Assad ist an der Machterhaltung in Syrien interessiert, um die er gerade erbittert kämpft. An einem regionalen Konflikt hat er kein Interesse. Sich dessen bewusst, setzt Assad rhetorische Drohgebärden ein, um einen solchen ersten Schlag zu verhindern.

Selbst unter der Annahme, eine gezielte Operation gegen das Assad-Regime würde zu dessen Sturz führen, bleibt die Frage, was danach kommt. In Syrien gibt es derzeit keine Gruppe, Organisation oder Einrichtung, die die diversen Rebellen- und Oppositionsgruppen einigen und eine Übergangsverwaltung bilden könnte. Das darauf folgende Chaos am Boden wäre nur durch einen Einsatz von Truppen vor Ort handlebar. Alles andere wäre tatsächlich der Beginn eines Flächenbrandes. Auf einen ähnlichen glücklichen Verlauf wie dem NATO-Einsatz in Libyen kann in Syrien nicht gehofft werden.

In der Tat ist anzunehmen, dass Angehörige des syrischen Militärs den Giftgasangriff ausgeführt haben. Die bisherigen Erkenntnisse über den Angriff geben Einblicke in den derzeitigen Zustand des syrischen Militärs. Das Ausmaß des Angriffs in Ghouta mit ca. 200 Toten (zweifelsohne eine grausame Tat) lässt auf eine Entscheidung schließen, die vermutlich auf unterer militärischer Ebene, ohne direkten Befehl der Regierung erfolgte. Der Giftgaseinsatz Saddam Husseins gegen irakische Kurden 1988, bei dem bis zu 5.000 Menschen ums Leben kamen, stellt hingegen eine von oberster Stelle angeordnetes strategisches Vorgehen dar. Von den USA abgefangene Telefonaufnahmen legen nahe, dass eine Spezialeinheit eigenständig den Einsatz durchführte und im Nahlhinein dem Verteidigungsministerium berichtet. Dies spricht die Regierung und Assad selbstverständlich nicht von der Verantwortung für die Tat frei, zudem ist anzunehmen, dass die Regierung grundsätzlich den Einsatz von Chemiewaffen seit geraumer Zeit billigt. Dennoch scheint die Befehlskette innerhalb der Armee und Regierung brüchig zu sein und strategische Entscheidungen werden reflexartig durch

30. August 2013

einzelne Einheiten getroffen. All dies lässt auf massiven Druck der Regierung durch die Rebellen schließen. Auch der Ort des Angriffs ist von Bedeutung. Die Angriffe fanden alle in unmittelbaren Vororten von Damaskus statt (siehe Karte). Die Regierung versucht derzeit mit allen Kräften, eine strategisch und psychologisch entscheidende Linie gegen die Rebellen zu halten, die durch die südliche Umgehungsstraße (*Almotahalik Aljanobi*) symbolisiert wird. Die Nachricht über den Giftgaseinsatz hat unter weiten Teilen der Bevölkerung im Zentrum von Damaskus für Entsetzen gesorgt. Möglicherweise eine Taktik um die Bevölkerung in der Hauptstadt von einem Überlaufen zu den Rebellen abzuschrecken.



○ Vermeintliche Giftgasangriffe

➔ Vorrücken der Rebellen

— Strategisch wichtige Linien zur Verteidigung der Hauptstadt Damaskus

Wichtiger als ein Militärschlag: Die Beteiligung Irans

Viel wichtiger als ein militärisches Eingreifen in Syrien ist die Haltung und Einbeziehung Irans zur Lösung des Konflikts. Der Zeitpunkt hierfür ist jetzt optimal. Der Iran lehnt ein militärisches Eingreifen durch die USA oder andere westliche Staaten selbstverständlich kategorisch ab. Ein Schlag gegen Syrien würde die iranische Führung provozieren seinen Protegé Assad zu schützen. Gleichzeitig lehnt Iran (wie auch Russland) den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, wie z. B. chemischen Waffen klar ab. Diese Haltung ist ein Erbe des verheerenden Irak-Iran-Kriegs, bei dem Saddam Hussein, mit dem Wissen und der Unterstützung der USA, Chemiewaffen einsetzte. Sollte ein Einsatz von Giftgas

30. August 2013

gegen die syrischen Bevölkerung durch die eigene Regierung doch nachgewiesen werden, würde dies sowohl Iran, als auch Russland zu einer härteren Haltung gegen Assad bewegen. Mit deren politischem Gewicht muss dann eine politische Lösung des Konflikts herbeigeführt werden, z. B. in den Genf II Gesprächen, die für September 2013 geplant sind. Iran hat in den vergangenen Tagen seine Bereitschaft dafür bereits in Gesprächen demonstriert. Jeffrey Feltman, der amerikanische UN Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten traf sich hierzu mit dem iranischen Außenminister Javad Zarif und der Sultan des Omans (langjähriger Vermittler zwischen den USA und Iran) reiste ebenfalls nach Teheran. Der neue iranische Präsident Hassan Rouhani wurde vor allem für sein Versprechen, die außenpolitischen Beziehungen des Landes zu verbessern, gewählt und hat kein Interesse an einem internationalen Konflikt in Syrien.

Was bereits seit langem klar scheint, müssen sich nun alle Beteiligten eingestehen: Eine militärische Lösung wird es in Syrien nicht geben. Nur eine politische, die ohne die Beteiligung aller involvierten Parteien, insbesondere der USA und Iran, nicht möglich ist.

Ansprechpartner

Christine Straßmaier - Consultant Reisesicherheit

Corporate Trust Business Risk & Crisis Management GmbH

Graf-zu-Castell-Str. 1, 81829 München

strassmaier@corporate-trust.de

Tel. +49 89 599 887 580

Fax +49 89 599 887 5820

www.corporate-trust.de - Folgen Sie uns auf Twitter: @CorporateTrust